



Republik Moldau

Landesstrategie 2016–2020

Impressum:

Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
Sektion VII: Entwicklung
Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)501150 – 4454
Fax: +43 (0)501159 – 4454
abtvi4@bmeia.gv.at
www.entwicklung.at

Die Landesstrategie wurde verfasst von:

- Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Sektion VII: Entwicklung
- Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit Chisinau
- Austrian Development Agency

Wien, März 2016

Titelbild: © ADA/Manuela Gutenbrunner

Bestellung:

Austrian Development Agency (ADA),
die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
Öffentlichkeitsarbeit
Zelinkagasse 2, 1010 Wien, Österreich
oeza.info@ada.gv.at, www.entwicklung.at

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	2
Zusammenfassung	3
1. Hintergrund und Analyse	4
2. Strategische Entwicklungsziele.....	5
3. Thematische Schwerpunktbereiche der Landesstrategie.....	6
3.1 Chancengerechte Bildung mit Fokus auf arbeitsmarktorientierte, sozial inklusive Berufsbildung	6
3.2 Wasser, Umwelt und Klimawandel	7
3.3 Gute Regierungsführung (Governance), Rechtsstaatlichkeit und Friedensförderung	8
4. Querschnittsthemen.....	9
5. Durchführung und Koordination.....	10
6. Politikkohärenz und komplementäre Instrumente der OEZA	11
Resultatrahmen Republik Moldau.....	13

Abkürzungsverzeichnis

3JP	Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik
AA	Assoziierungsabkommen
ADA	Austrian Development Agency
BGBI	Bundesgesetzblatt
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Frauen
BMEIA	Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMLVS	Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
BMWFW	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
BNE	Bruttonationaleinkommen
CEDAW	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women
CSOs	Civil Society Organisations (Zivilgesellschaftliche Organisationen)
DAC	Development Assistance Committee (der OECD)
DCFTA	Deep and Comprehensive Free Trade Agreement
EK	Europäische Kommission
EU	Europäische Union
EUSDR	EU Strategy for the Danube Region, EU-Donauraumstrategie
EuR	Europarat
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FDI	Ausländische Direktinvestitionen
IFIs	Internationale Finanzinstitutionen
IM	Indirect Management (delegierte Kooperation)
KKA	Kulturkontakt Austria
KOBÜ	Koordinationsbüro
LGBTI	Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual, Intersexual
MD	Republik Moldau
MKMU	Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe
MRBA	Menschenrechtsbasierter Ansatz
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OeEB	Oesterreichische Entwicklungsbank
OeKB	Oesterreichische Kontrollbank
OEZA	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
ÖBH	Österreichisches Bundesheer
ÖP	Östliche Partnerschaft
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PCD	Policy Coherence for Development
PMO	Prime Minister's Office
PPP	Public Private Partnership
RCC	Regional Cooperation Council (regionaler Kooperationsrat)
SDGs	Sustainable Development Goals
SEE	South East Europe
UBA	Umweltbundesamt
UNBRK	United Nations Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen
UNDP	United Nations Development Programme
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
UN-SC	United Nations Security Council (Sicherheitsrat der Vereinten Nationen)
USD	United States Dollar
VET	Vocational Education and Training
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
ZAMG	Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik
ZEI	Zentraleuropäische Initiative

Zusammenfassung

Die Republik Moldau (MD) nimmt in der außenpolitischen Schwerpunktsetzung eine Brückenfunktion zwischen den Regionen Donauraum/Westbalkan und Schwarzmeerraum/Südkaucasus ein. Die mit der Regierung der Republik Moldau (MD) vereinbarte Fortsetzung der gestaltbaren Entwicklungszusammenarbeit soll mit der neuen Strategie für den Zeitraum 2016–2020 einen neuen strategischen Rahmen erhalten.

Bezugspunkte bilden die im Zeitraum zwischen 1997 und 2014 erbrachten ODA-Leistungen iHv. EUR 37,61 Mio., die Erfahrungen mit der resultatorientierten Umsetzung der Landesstrategie 2011–2015 sowie die Empfehlungen des OECD-DAC Peer Reviews 2014.

Mit Blick auf die Herausforderungen des Reformprozesses, die territoriale Integrität und die weitere EU-Heranzuführung des Landes konzentriert sich Österreich in den nächsten Jahren verstärkt auf Kapazitätsentwicklung und Vermittlung von Know-how in drei thematischen Schwerpunktbereichen:

- 1. Chancengerechte Bildung mit Fokus auf arbeitsmarktorientierte, sozial inklusive Berufsbildung**
- 2. Wasser, Umwelt und Klimawandel**
- 3. Governance, Rechtsstaatlichkeit und Friedensförderung**

Querschnittsthemen:

- 1. Soziale Inklusion/Förderung des Sozialschutzes**
- 2. Geschlechtergleichstellung**

Die OEZA schafft mit diesen Schwerpunktsetzungen eine positive Perspektive für ein inklusives Breitenwachstum sowohl für die moldauische Bevölkerung als auch für die Rückkehr (Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und MD, in Kraft seit 1.1.2008) moldauischer Staatsbürger aus dem Ausland. Daneben soll diese Kooperationsstrategie vor dem Hintergrund des weltweit zunehmenden Extremismus und Terrorismus zu einer verstärkten migrationspolitischen Zusammenarbeit mit MD, einem Migrationsherkunfts- und -transitland im Donau- und Schwarzmeerraum, beitragen. Die neu geschaffene gesamtstaatliche Abstimmungskultur in beiden Ländern ermöglicht es, auf neue Entwicklungen und humanitäre Krisen im Zusammenhang mit Migration rasch und flexibel reagieren zu können.

Den strategischen Bezugsrahmen bilden die nationalen Entwicklungsstrategien MDs, die EU-Initiative für die Östliche Partnerschaft, die EU-Donauraumstrategie/EUSDR und die SEE 2020 Strategie des Regionalen Kooperationsrats (RCC). Die Landesstrategie verfolgt eine gesamtstaatliche Perspektive des entwicklungspolitischen Engagements Österreichs in MD und ist auf das Dreijahresprogramm (3JP) der österreichischen Entwicklungspolitik ausgerichtet.

Sie ergänzt die Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan und versteht sich komplementär zur IFI-Strategie des BMF und der OeEB-Geschäftsstrategie für die Region. Sie ist abgestimmt mit der Nationalen Entwicklungsstrategie und den relevanten Sektorstrategien der moldauischen Regierung. Die österreichische Bundesregierung verfolgt das Ziel, die Kohärenz der österreichischen EZA zu stärken und sie an neue Herausforderungen anzupassen. Durch eine stärkere Resultatorientierung in Kooperation mit Parlament, Ressorts, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft (CSO) sowie der interessierten Öffentlichkeit und in enger Abstimmung mit den Zielgruppen im Partnerland sollen die Lebensbedingungen in MD nachhaltig verbessert werden.

Für die entwicklungspolitische Gesamtkoordination ist die für OEZA-Schwerpunktländer gebildete **interministerielle Plattform** unter Teilnahme des Parlaments und der Zivilgesellschaft verantwortlich. Im Sinne der EU-Policy Coherence for Development (PCD) nehmen alle Teile der Bundesverwaltung und Zivilgesellschaft, die ein relevantes Interesse an MD haben, daran teil. Der Koordinations- und Kohärenzbedarf wird durch die Hauptakteure der österreichischen EZA, einschließlich der Verantwortlichen für die Humanitäre Hilfe, gemeinschaftlich bewirtschaftet. Die österreichischen Akteure bündeln ihre Interessen und treffen sich zur laufenden Abstimmung mindestens halbjährlich vor Ort.

Als ein in MD mittlerer Geber hat Österreich ein besonderes Interesse an einer stärkeren Vernetzung und strategischen Zusammenarbeit aller staatlichen und nichtstaatlichen österreichischen EZA-Akteure in der MD sowie an einer effektiven Koordination, Zusammenarbeit, Harmonisierung und Arbeitsteilung mit anderen internationalen Akteuren.

Die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen bilden den gemeinsamen entwicklungspolitischen Handlungsrahmen. Im Geiste der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ (auch: Nachhaltige Entwicklungsziele/Sustainable Development Goals – SDGs) soll das Nachhaltigkeitsprinzip in ausgewogener Weise in den drei Säulen Soziales, Umwelt und Wirtschaft verwirklicht werden. Dem Leitgedanken der Agenda 2030 – „leave no one behind“ – soll durch besondere Beachtung der Geschlechtergleichstellung und der Einbeziehung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit Behinderungen, Kindern und ethnischen bzw. religiösen Minderheiten Rechnung getragen werden. Gleichzeitig wird in den Schwerpunktsektoren die Umsetzung des Assoziierungsabkommens mit der EU unterstützt.

1. Hintergrund und Analyse

MD hat in den letzten Jahren trotz entwicklungshemmender innenpolitischer (Transnistrien, Gagausien¹, Migration), außenpolitischer (Ukrainekrise, Probleme mit Russland), sozialer und wirtschaftlicher (Einbruch der Exporte nach Russland) Faktoren beachtliche Fortschritte erzielt. Im Human Development Index 2014 rangiert MD auf Platz 114 von 187 Ländern.

Bedeutende Erfolge auf internationaler Ebene waren die Unterzeichnung und das provisorische Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens und eines vertieften und umfassenden Freihandelsabkommens (DCFTA) mit der Europäischen Union sowie die EU-Visaliberalisierung 2014. Für die weitere EU-Heranführung und die künftige sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung bedarf es jedoch weiterer Reformen, insbesondere in den Bereichen Governance, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Demokratisierung.

Seit 2004 ist MD ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs (ODA)² an MD betragen zwischen 1997 und 2014 insgesamt EUR 37,61 Mio. Davon wurden aus Mitteln der OEZA im selben Zeitraum EUR 12,95 Mio. bereitgestellt.

Moldau zählt zu den ärmsten Ländern Europas. Das Bruttonationaleinkommen beträgt USD 2.550 (BNE per capita PPP USD 5.580)³ pro Kopf im Jahr.

Zahlreiche Erwerbstätige arbeiten im informellen Sektor. Schätzungen zufolge leben ca. 20 Prozent der Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze. Infolge der internationalen Wirtschaftskrise, interner politischer Krisen, der aufgrund des Ukraine- und Russlandkonfliktes weiter verschärften Probleme für die territoriale Integrität des Landes (Transnistrien, Gagausien) und der massiven Arbeitsmigration bleibt die Armut ein grundlegendes, vielschichtiges Problem, das vor allem ländliche Regionen betrifft. MD hat in Europa die höchste Arbeitsmigration. Mehr als ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung emigrierte während der vergangenen Dekade ins Ausland. Die Rücküberweisungen moldauischer EmigrantInnen machen bis zu einem Viertel des BIP aus. Aufgrund der massiven Abwanderung in die EU und nach Russland fehlen jedoch fachlich gut ausgebildete Arbeitskräfte im eigenen Land.

Eine der Hauptprioritäten der moldauischen Außenpolitik ist nach wie vor die größtmögliche Annäherung an die EU. Rechtsgrundlage der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und MD ist das 2014 unterzeichnete und ratifizierte Assoziierungsabkommen und für die Wirtschaft das ebenfalls 2014 unterzeichnete vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen (DCFTA). Seit 28. April 2014 gilt Visafreiheit für moldauische StaatsbürgerInnen in der EU.

¹ Autonome Territoriale Einheit Gagausien

² BMF, BMBF, BMWF, BMI, BMEIA u. a.; Länder, Städte und Gemeinden

³ Weltbank: World Development Indicators, Stand März 2015: <http://data.worldbank.org/indicator>

Die Korruption bleibt eines der größten Probleme in MD. Laut Transparency International Index 2013 rangiert MD am 103. Platz unter 175 Staaten. Korruptionsbekämpfung, die nur durch Professionalität und Transparenz in der Justiz und durch eine verstärkte Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit, in der öffentlichen Verwaltung und in der Wirtschaft erfolgreich sein kann, ist eine der Prioritäten in der Nationalen Entwicklungsstrategie („Moldova 2020“), die am 11. Juli 2012 vom Parlament verabschiedet wurde. Das langfristige strategische Planungsdokument umfasst folgende Prioritäten: Berufsbildung, Verkehr, Finanzsektor, Wirtschaft, Energie, Pensionsreform, Justiz, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.

Die Landesstrategie soll zusammen mit der Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan, der IFI-Strategie des BMF und der OeEB-Geschäftsstrategie aus den Zielen und Prinzipien des EZA-Gesetzes und des Dreijahresprogramms (3JP) der österreichischen Entwicklungspolitik die mit dem Partnerland abgestimmten strategischen Schwerpunkte für das gesamtstaatliche Engagement aller staatlichen und nichtstaatlichen EZA-Akteure in MD abbilden.

2. Strategische Entwicklungsziele

Die Armutsminderung ist neben der Sicherung des Friedens, der menschlichen Sicherheit, der Erhaltung der Umwelt und dem Schutz der natürlichen Ressourcen als Basis für eine nachhaltige Entwicklung das übergeordnete strategische Ziel des gesamtstaatlichen entwicklungspolitischen Engagements Österreichs in MD. Der menschenrechtsbasierte Ansatz (MRBA) bildet die Basis und den umfassenden Grundzug der OEZA. Geschlechtergleichstellung wird als Querschnittsmaterie durchgängig berücksichtigt.

Die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen bilden den gemeinsamen entwicklungspolitischen Handlungsrahmen. Im Geiste der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ (auch: Nachhaltige Entwicklungsziele/Sustainable Development Goals – SDGs) soll das Nachhaltigkeitsprinzip in ausgewogener Weise in den drei Säulen Soziales, Umwelt und Wirtschaft verwirklicht werden. Dem Leitgedanken der Agenda 2030 – „leave no one behind“ – soll durch besondere Beachtung der Geschlechtergleichstellung und der Einbeziehung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit Behinderungen, Kindern und ethnischen bzw. religiösen Minderheiten Rechnung getragen werden.

Den strategischen Bezugsrahmen für die Entwicklungsreformpartnerschaft mit MD bilden die Strategie SEE 2020 des Regionalen Kooperationsrats/RCC, die EU-Initiative der Östlichen Partnerschaft (ÖP) und die EU-Donauraumstrategie/EUSDR. Hinzu treten das 3JP, die Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan und die internationalen entwicklungspolitischen Verpflichtungen von Paris, Accra, Busan und Mexiko.

Der außen- und entwicklungspolitische Fokus Österreichs in MD liegt in den nächsten fünf Jahren auf der

1. Unterstützung der EU-Heranzuführung von MD
2. Förderung der regionalen Zusammenarbeit im Rahmen des RCC, der EUSDR, des Schwarzmeerraums und der Östlichen Partnerschaft
3. Unterstützung des Reformprozesses in MD durch institutionelle und personelle Kapazitätsentwicklung und Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und sozialen Inklusion sowie Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Rechenschaftspflicht und der Umsetzung der menschenrechtlichen Prinzipien
4. Förderung guter Regierungsführung und Stärkung der Reform und der Planungs- und Umsetzungskapazitäten der öffentlichen Verwaltung
5. Unterstützung der territorialen Integrität von MD durch die Förderung von vertrauensbildenden Maßnahmen in Transnistrien und Gagausien

Das prioritäre Ziel der Landesstrategie ist Armutsminderung durch nachfrageorientierte Entwicklung im Wasser-, Umwelt- und Bildungssektor mit Fokus Berufsbildung in MD. Die Förderung von Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit soll auch durch die Stärkung einer aktiven und verantwortungsbewussten Zivilgesellschaft sowie der Gewerkschaften und ArbeitgebervertreterInnen unterstützt werden.

Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung erfordern Wettbewerbsfähigkeit und Innovation sowie die Stärkung des Privatwirtschaftssektors durch verstärktes Engagement MDs.

Zu diesen Modernisierungszielen soll durch verstärktes Engagement des österreichischen Privatsektors mit seinen leistungsfähigen KMUs und in Synergie mit den Interessenvertretungen und der umfangreichen Expertise der staatlichen und nichtstaatlichen EZA-Akteure Österreichs in MD in den nachfolgenden thematischen Schwerpunktbereichen der OEZA im Partnerland beigetragen werden. Bei der Stärkung der Planungs- und Umsetzungskapazitäten der öffentlichen Verwaltung kommt der Ebene der Gebietskörperschaften (Städte und Gemeinden) und einer starken lokalen Selbstbestimmung als wesentliche Faktoren für die Entwicklung eines modernen, EU-konformen Staatswesens eine besondere Rolle und Bedeutung zu. Verstärkte Aufmerksamkeit ist auch der sozialen Dimension durch die Förderung des sozialen Dialogs im Sinne der in Österreich erfolgreichen Sozialpartnerschaft und der Förderung der Chancengerechtigkeit des Bildungssystems zu schenken.

3. Thematische Schwerpunktbereiche der Landesstrategie

Die Schwerpunktbereiche der neuen Landesstrategie für MD sind:

- 1. Chancengerechte Bildung mit Fokus auf arbeitsmarktorientierte, sozial inklusive Berufsbildung**
- 2. Wasser, Umwelt und Klimawandel**
- 3. Governance, Rechtsstaatlichkeit und Friedensförderung**

Die Auswahl dieser Schwerpunktbereiche wurde im Einvernehmen mit der moldauischen Regierung zur Erreichung der vereinbarten entwicklungsstrategischen Ziele getroffen. Sie stehen im Einklang mit der strategischen Ausrichtung der EU-Entwicklungspolitik 2014 bis 2020 für MD, die folgende inhaltliche Schwerpunkte hat: 1) Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung und 2) breitenwirksames und nachhaltiges Wachstum für die menschliche Entwicklung. Dazu gehören vor allem die Verringerung von Chancenungleichheit und die Förderung der Bildung, insbesondere auch der beruflichen Bildung, damit Menschen mit dem Wissen und den Fähigkeiten ausgestattet werden, die am Arbeitsmarkt gefragt sind und die sie als aktive Mitglieder einer sich entwickelnden Gesellschaft sowie für ihre nationale, regionale und internationale Wettbewerbsfähigkeit benötigen.

3.1 Chancengerechte Bildung mit Fokus auf arbeitsmarktorientierte, sozial inklusive Berufsbildung

(Vocational Education and Training/VET) war schon bisher ein Schwerpunkt des österreichischen Engagements (ADA, BMBF, BMASK, BMWFW und der Privatwirtschaftssektor) in MD, wo Österreich zu den Hauptakteuren zählt und einen wesentlichen Beitrag zu den Reformen in der Berufsbildung u. a. mit der Beratung in strategischen Reformfragen, der Steigerung der Qualität der schulischen Berufsbildung und Förderung von betrieblichem Lernen leistet.

Österreich unterstützt durch seine VET-Interventionen und durch seine Förderung einer praxisnahen, arbeitsmarktorientierten und qualitativ hochwertigen Ausbildung unter Einbindung aller relevanten Stakeholder die Reduktion der hohen Arbeitslosigkeit, insbesondere von Jugendlichen, und leistet dadurch einen essenziellen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in MD. Denn gut ausgebildete Menschen haben bessere Chancen und mehr Wettbewerbsfähigkeit in der Arbeitswelt und tragen zur wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes und somit zur Migrationsreduktion bei. Das erfolgreiche österreichische VET-Engagement soll daher fortgesetzt werden und in den nächsten fünf Jahren auf Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen, insbesondere LehrerInnenaus- und -fortbildung, Lehrplanmodernisierung, verstärkte Einbindung des Privatwirtschaftssektors, soziale Inklusion und Geschlechtergleichstellung, Professionalisierung der Berufe und Förderung von UnternehmerInnen/Entrepreneurship, fokussiert werden, um das Ziel nachhaltiger Beschäftigung zu erreichen. Diese Maßnahmen führen zu besonders positiven Ergebnissen, wenn Synergien zu den anderen thematischen Schwerpunktbereichen der OEZA hergestellt werden können, was Österreich gezielt fördert. Durch das Ansprechen von geschlechterspezifischen Stereotypen soll die Chancengleichheit bei der Berufswahl erhöht werden.

MD wird von Österreich dabei unterstützt, seine berufliche Aus- und Weiterbildung zur Stärkung von Beschäftigung und menschenwürdiger Arbeit, wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Kohäsion

grundlegend zu reformieren. Österreich bietet MD auf Basis seines qualitativ hochwertigen Berufsbildungssystems und seiner Erfahrungen in „Policy Learning“ auch Beratung in strategischen Fragen der Berufsbildungsreform. Daneben trägt Österreich zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit im Bildungssystem durch die Unterstützung der Umsetzung inklusiver Bildung in MD bei, z. B. durch Kapazitätsentwicklung für entsprechende Beratungsstrukturen.

Im Kontext Migration und Entwicklungszusammenarbeit ist aufgrund der Entwicklungen in Transnistrien und Gagausien und wegen ihrer Auswirkungen auf allen Ebenen in MD eine verstärkte entwicklungs- und migrationspolitische Zusammenarbeit mit MD (Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und MD, in Kraft seit 1.1.2008), einem der Migrationsherkunfts- und -transitländer im Donau- und Schwarzmeerraum, zur Förderung von Sicherheit, Wohlstand und Frieden geplant.

Zur Minderung von Armut und hoher Arbeitslosigkeit in den ländlichen Gebieten fördert Österreich die Berufsbildung, zum Beispiel in der Landwirtschaft. Zur Erhöhung der Qualität und Praxisnähe der beruflichen Bildung berät Österreich die zuständigen moldauischen Ministerien (Bildung, Landwirtschaft, Finanzministerium) in der Frage der Einkommensgenerierung durch berufsbildende Schulen.

Diese Maßnahmen bauen auf österreichischen Aktivitäten und Lessons Learned in diesem Bereich in der Vergangenheit auf. Ein zusätzlicher Fokus wird auf die Stärkung des Berufszugangs von Mädchen/Frauen und auf soziale Inklusion, insbesondere auch für Menschen mit Behinderung und älteren Menschen, gelegt werden und positive Erfahrungen mit Pilotprojekten sollen auf andere Schulen ausgeweitet werden.

Das BMBF ist mit seiner/m Bildungsbeauftragten in Chisinau ein wichtiger Partner im Bildungs- und vor allem im Berufsbildungssektor in MD. Zur Stärkung der praxisbezogenen Berufsbildung als Unterstützung für die österreichischen Niederlassungen soll in Zukunft auch die Expertise des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW) und der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) miteinbezogen werden.

Junge Beamte aus MD nehmen gemeinsam mit KollegInnen aus anderen Ländern der Schwarzmeerregion regelmäßig an Spezialkursen der Diplomatischen Akademie Wien teil. Diese Kurse werden von der ADA finanziert und sind auch für die kommenden Jahre geplant.

3.2 Wasser, Umwelt und Klimawandel

Während in der Landesstrategie 2011–2015 der Schwerpunkt auf Zurverfügungstellung von Trinkwasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsinfrastruktur gelegen hat, soll im Rahmen dieser Landesstrategie und in Übereinstimmung mit den entsprechenden nationalen Ansätzen eine langfristige und nachhaltige „Water Governance“-Perspektive entwickelt werden, in der das Schwergewicht auf der Kapazitätsentwicklung und Verbesserung der Managementkapazitäten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene und auf der Umweltvereinbarkeit von neuen Wasserprojekten und deren Klimawandelresilienz liegen wird. Darüber hinaus soll es auch zu einer verbesserten Koordination zwischen allen für den moldauischen Wassersektor relevanten Institutionen (Ministerien, Agenturen etc.) kommen. Die integrierte und koordinierte Zusammenarbeit in und zwischen der nationalen, regionalen und lokalen Ebene sowie zwischen den Institutionen muss auf die Verbesserung der Zusammenarbeit und der Funktionalität des Systems durch Beseitigung von Fragmentierungen, Überlappungen von Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Planungsproblemen fokussieren. Es geht nicht nur um die Erarbeitung neuer Gesetze, Richtlinien und Standards und deren konsequente praktische Umsetzung durch eine verbesserte Koordination und Zusammenarbeit zwischen der Zentralregierung und den Gebietskörperschaften, sondern vor allem auch um mehr Innovation und Energieeffizienz und um kompetente Eigenverantwortung und Managementexpertise, insbesondere auf jenen Ebenen, die für Dienstleistungen für die BürgerInnen und deren gleichberechtigten Zugang zu verbesserten öffentlichen Dienstleistungen essenziell sind.

Der fortschreitende Klimawandel und seine Folgen stellen MD vor große Herausforderungen. In den letzten Jahren haben wiederkehrende Dürren, Überschwemmungen und andere Naturkatastrophen verheerende Schäden mit hohen wirtschaftlichen und sozialen Folgekosten verursacht. Umweltschäden durch Erosion und Verschmutzung bedrohen das Entwicklungspotenzial MD. Berechnungen der Klimawandelfolgen prognostizieren vermehrte Trockenperioden und eine Verringerung der Wassermenge in den Gewässern, was nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Nutzung von Wasser-

kraft gefährdet. Österreich wird daher geeignete Anpassungsmaßnahmen und eine Strategie zu deren Umsetzung und Finanzierung sowie verbesserte meteorologische Daten für modernisierte Frühwarnsysteme unterstützen.

Nur durch verstärkte Einbindung der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen und des Privatwirtschaftssektors sowie durch eine transparente und verantwortungsbewusste Politik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene kann das allgemeine Bewusstsein für die Bedeutung von **Umweltschutz und Klimawandel** (Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel) für die nachhaltige Entwicklung des Landes, insbesondere auch seines Landwirtschaftspotenzials, gefördert werden.

Österreich soll dabei seine international anerkannte Umweltexpertise verstärkt einbringen und im thematischen Schwerpunktbereich Wasser, Umwelt und Klimawandel, aber auch in der Regionalentwicklung sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung MD etwa im Rahmen der Klimafinanzierungsstrategie der Bundesregierung leisten. Das vom BMF kofinanzierte Urbanisierungsprogramm sowie das „Danube Water Programme“ der Weltbank und Programme für die Förderung der ländlichen Entwicklung können dabei durch das Nachhaltigkeitsgebot und durch gesetzlich verankerte, verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfungen beispielgebend vorgehen. Auch der OeEB und der Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB) kommt bei der Umsetzung des Schwerpunktes Wasser, Umwelt und Klimawandel eine wichtige Rolle zu.

Eine durch die Weltbank und UNDP finanzierte Kooperation der österreichischen Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik mit dem Wetterdienst von MD auf dem Gebiet von Frühwarnungen wird eine wichtige Klimaadaptierungsmaßnahme darstellen.

3.3 Gute Regierungsführung (Governance), Rechtsstaatlichkeit und Friedensförderung

Gute Regierungsführung (Governance), Rechtsstaatlichkeit und Friedensförderung bilden weiterhin eine Priorität auch für die EU, die OSZE und den EuR und bedingen daher eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen multilateralen Akteuren, den EU Mitgliedstaaten und dem Partnerland MD. Die OEZA wird sich bei der Durchführung dieser Landesstrategie in diesem Schwerpunktbereich auf Folgendes fokussieren: Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Umsetzung der menschenrechtlichen Prinzipien (Gleichheit und Nichtdiskriminierung, Partizipation und Inklusion sowie Transparenz und Rechenschaftspflicht) u. a. durch Förderung des Institutionenaufbaus und der Kapazitätsentwicklung (Parlamente, Justiz und Polizei, Rechnungshof), Stärkung bzw. Schaffung des gleichen Zugangs zum Recht für alle Menschen, insbesondere für marginalisierte und verwundbare Gruppen wie ältere Menschen, Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und Angehörige von Minderheiten sowie die Förderung von diesbezüglicher anwaltschaftlicher Arbeit für benachteiligte Gruppen, die Förderung von Transparenz und Anti-Korruptionsmaßnahmen unter Einbindung und Stärkung der Zivilgesellschaft, der Gewerkschaft und ArbeitgeberInnen sowie die Unterstützung des Partnerlandes MD in der Umsetzung internationaler Menschenrechtsverpflichtungen, inklusive der Empfehlungen des Universal Periodic Review und des CEDAW Komitees. Governance spielt jedoch auch eine wichtige Rolle bei der Armutsminderung durch eine Fortführung und Verstärkung von Sozialschutzprogrammen für ältere Menschen und Kinder, die vor allem im ländlichen Raum aufgrund der starken Abwanderung von sozialen Hilfsprojekten österreichischer NROs abhängen.

Im Rechtsstaatlichkeitsbereich kommt dem BMI bei der Verbrechens- und Korruptionsbekämpfung und dem BMJ bei der Stärkung einer unabhängigen und effizienten Justiz eine Schlüsselrolle zu. Dabei ist auf das zwischen Österreich und MD abgeschlossene Regierungsübereinkommen über die Polizeikooperation (Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Moldau über die Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung der Kriminalität, unterzeichnet am 25. September 2010, in Kraft getreten mit 1. Februar 2011, BGBl. III Nr. 99/2011) sowie auf das zwischen Europol und MD unterzeichnete operative Kooperationsabkommen, das den Austausch personenbezogener Daten bei der Bekämpfung von internationaler Schwer- und organisierter Kriminalität sowie von Terrorismus ermöglicht, hinzuweisen.

Militärische Beratung und Unterstützung des Kapazitäten- und Institutionenaufbaus in den Streitkräften erfolgt durch das BMLVS gezielt im Rahmen eines langfristigen OSZE-Projektes. Der wesentliche Aspekt ist die kritisch notwendige Risikoreduktion und die Anwendung internationaler Standards

betreffend die Lagerung von Waffen und Munition. Für MD ist diese Thematik politisch äußerst sensibel. Vor allem die unsachgemäße Lagerung von überalterter Munition birgt eine große reale Gefährdung zum einen hinsichtlich illegaler Weiterverbreitung, zum anderen für das eingesetzte Personal, für die in unmittelbarer Nähe lebende Zivilbevölkerung und für die Umwelt. Die Kooperation in diesem Bereich wurde 2013 begonnen.

Die Europäische Kommission stuft die wirtschaftliche Governance/Wettbewerbsfähigkeit als zentrale Herausforderung ein.

Ein wichtiges Ziel von **Governance** ist die Stärkung, Modernisierung und Digitalisierung der Institutionen durch die Verbesserung der Qualität und Quantität der öffentlichen Dienstleistungen und vor allem des Zugangs zu diesen Dienstleistungen für die BürgerInnen.

Erreicht soll dieses Ziel durch Korruptionsbekämpfung, Reduktion des bürokratischen Aufwands und e-Government werden. Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Erwachsene generell und VerwaltungsbeamtInnen speziell dienen dem Ziel der Professionalisierung der öffentlichen Verwaltung auf allen Ebenen und letztlich der Demokratisierung der ganzen Gesellschaft sowie einer Modernisierung des Landes. Österreich wird die von der moldauischen Regierung geplante Durchführung einer Polizei- und Pensionsreform unterstützen.

Österreich unterstützt die Integrität MD durch vertrauensbildende Maßnahmen in Transnistrien und Gagausien. Die Konfliktprävention im Kontext des Ukraine Konfliktes und der Beziehungskrise der EU zu Russland erfordert eine enge Zusammenarbeit mit dem EuR und der OSZE sowie mit den in der Friedensförderung in MD engagierten Gebern. Für MD gibt es auch Möglichkeiten für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den angrenzenden Bezirken der West- (Tschernowitz) und Südukraine (Odessa), die von Österreich nach dem Vorbild der Cross-Border-Programme der EU gefördert werden sollte. Die Umsetzung der UN-SC Resolution 1325 und ihrer Folgeresolutionen soll dabei berücksichtigt werden.

4. Querschnittsthemen

Die Querschnittsthemen dieser Landesstrategie sind

1. **Soziale Inklusion/Förderung des Sozialschutzes**
2. **Geschlechtergleichstellung**

Grundsätzlich bauen alle Interventionen der OEZA auf den Prinzipien (i) ownership, (ii) do no harm, (iii) equity, equality and non-discrimination, (iv) participation and inclusion, (v) accountability and transparency, (vi) empowerment, (vii) sustainability auf.

Der menschenrechtsbasierte Ansatz/MRBA gilt als umfassender Grundsatz der OEZA. Daher spiegelt sich der MRBA über spezifische Aktionsbereiche hinaus als umfassender Grundansatz in allen Interventionsbereichen wieder und wird in allen Phasen der Planung und Umsetzung von Programmen und Projekten sowie im politischen Dialog angewendet.

Der Fokus der OEZA-Interventionen im Rahmen dieser Landesstrategie liegt auf **Geschlechtergleichstellung** und auf **sozialer Inklusion/Förderung des Sozialschutzes** von benachteiligten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen. Obwohl MD die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen (UNBRK) ratifiziert hat und die „Integration“ von Menschen mit Behinderungen auch von der moldauischen Regierung als Herausforderung anerkannt wird, bleibt die Situation von Menschen mit Behinderungen in MD sehr schwierig. Aufgrund von baulichen Barrieren, schlechter Infrastruktur und Gesundheitsversorgung, sowie fehlender Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten sind Menschen mit Behinderungen oft von extremer Armut betroffen. Vor allem in ländlichen Regionen erfahren Menschen mit Behinderungen nach wie vor Diskriminierung und soziale Ausgrenzung.

Auch die prekäre Lage der älteren Menschen verdient besondere Beachtung. Besonders im ländlichen Raum sind alte Menschen oft die einzigen Bezugspersonen für ihre Enkelkinder auf Grund der Arbeitsemigration ihrer Kinder. Besonders die soziale und ökonomische Sicherung, aber auch der Ausbau von Gesundheits- und Pflegediensten steht dabei im Mittelpunkt. Älteren Menschen sollte

der gleiche Zugang zu Wohlstand und gesellschaftlicher Teilhabe ermöglicht werden wie allen anderen in der Gesellschaft.

Es existieren kaum spezifische Förderangebote beziehungsweise erreichen gesetzlich vorgesehene Unterstützungen nur sehr eingeschränkt die Zielgruppen. Österreich wird daher sein Know-how in Bildung, im Besonderen Berufsbildung und soziale Inklusion/Sozialschutz, durch konkrete Projekte und Maßnahmen wie z. B. die „Integrative Berufsausbildung“, die „Arbeitsassistenten“, das „Jugendcoaching“, die „Persönliche Assistenz am Arbeitsplatz“ bzw. Unterstützung der Sonderpädagogischen Beratungszentren, „integrative Betriebe“ und „Betreuung und Pflege von älteren Menschen“ einbringen, damit MD von der Erfahrung Österreichs mit inklusiver Bildung, besonders bei der beruflichen Inklusion bzw. Integration von behinderten und benachteiligten Jugendlichen und älteren Menschen, bestmöglich profitieren kann.

Das BMASK und das BMBF führen gemeinsam mit MD den Vorsitz im Schwerpunktbereich „Investitionen in Menschen und Qualifikationen“ der EUSDR. Das BMASK ist in MD mit einem Sozialattaché-Büro vertreten. Schwerpunkte der Tätigkeit des Sozialattachés sind der Know-how-Transfer im Arbeits- und Sozialbereich, Netzwerkarbeit mit europäischen und internationalen Institutionen sowie Behörden und NRO vor Ort, Beratung und Hilfestellung in Einzelfällen sowie Erstellung von sozialpolitischen Berichten. Ferner wird auch Unterstützung bei der Vorbereitung und Umsetzung von bilateralen, europäischen und internationalen Projekten des Sozialministeriums geleistet, mit dem Ziel, das Europäische Sozialmodell zu stärken und die Sozialstandards vor Ort anzuheben. Die Aktivitäten des BMASK leisten daher einen wichtigen entwicklungspolitischen Beitrag in MD und ergänzen die strategischen Zielsetzungen und Maßnahmen im Arbeits- und Sozialbereich im Rahmen der Landesstrategie Moldau 2016–2020.

Der Förderung der aktiven Teilnahme von Frauen an den politischen und sozioökonomischen Prozessen muss auf allen Ebenen größere Aufmerksamkeit zukommen. Die Anwendung von Gender Responsive Budgeting auf nationaler und dezentraler Ebene wird in diesem Zusammenhang unterstützt.

Österreich stellt seine Expertise für das Partnerland MD zur Verfügung, um soziale und politische Spannungen hintanzuhalten und politische Stabilität und Sicherheit in MD zu gewährleisten. Dadurch sollen gleichzeitig auch das Investitionsklima und die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert und das Vertrauen der Bevölkerung in die Zukunft ihres Landes gestärkt werden, um aus der Not geborene Emigration sowie Brain-Drain und Kapitalabflüsse zu verhindern. Experten des BMLVS/ÖBH helfen in MD die Munitionslagersicherheit zu erhöhen und leisten damit einen Beitrag zur Sicherheit in MD.

Menschenrechts- und Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung bilden zusammen mit einer verstärkten Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung, der Politik und im öffentlichen Dienst die Grundvoraussetzungen für Demokratie und Stabilität und für das Gelingen der sozialen Inklusion, der Geschlechtergleichstellung und damit auch für eine nachhaltige Entwicklung MD.

5. Durchführung und Koordination

Subsidiarität ist ein Grundprinzip der OEZA-Interventionen, die möglichst nahe an den BürgerInnen, also auf lokaler Ebene in den Städten und Gemeinden, durchgeführt werden sollen. Die Einbindung der lokalen Bevölkerung, insbesondere der Frauen, und die soziale Inklusion sind bereits bei der Projektplanung und -durchführung sowie bei der Projektaufsicht (Monitoring) zu berücksichtigen.

Der Förderung der aktiven Teilnahme der Zivilgesellschaft, insbesondere von Frauen, an den politischen und sozioökonomischen Prozessen muss größere Aufmerksamkeit zukommen. Alle OEZA-Aktivitäten in den Querschnittsbereichen sind dahingehend zu setzen, dass sie die Zusammenarbeit in den Schwerpunktbereichen ergänzen und gleichzeitig EU-Standards und Strukturen möglichst weitgehend entsprechen. Die Stärkung und Einbindung der Zivilgesellschaft ist daher eine grundlegende Voraussetzung für die Planung, Umsetzung und Kontrolle von EZA-Projekten. Bei sozioökonomischen Projekten in den Schwerpunktbereichen Wasser, Umwelt und Klimawandel und VET sind die Einbindung und Stärkung des Privatwirtschaftssektors und womöglich auch ein Fokus auf private-öffentliche Partnerschaften (PPP-Modell) zur nachhaltigen Finanzierungssicherheit, besseren öffentlichen Akzeptanz und Verantwortlichkeit für nachhaltiges Projektmanagement erwünscht.

Alle österreichischen EZA-Akteure sind angehalten, der Kontrolle, Evaluierung und Nachbetreuung von OEZA-Projekten im Sinne von Transparenz und Rechenschaftspflicht erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, wofür systematisches Monitoring der Verwendung von Fördermitteln notwendig ist.

Die Landesstrategie MD richtet ihr Handeln nach den internationalen Verpflichtungen (Partnership for Effective Development Cooperation) und den Hauptprinzipien des Abschlussdokuments für wirksame Entwicklungszusammenarbeit aus.

Im gemeinsamen partnerschaftlichen Handeln wird i) die Eigenverantwortung des Partnerlandes (Ownership) respektiert, ii) die Ergebnisorientierung (Focus on Results) belegt, iii) eine inklusive Zusammenarbeit der Entwicklungspartner (Inclusive Development Partnerships) gefördert sowie iv) Transparenz und gegenseitige Rechenschaftspflicht erreicht (Transparency and Accountability).

Österreich bringt in diese Partnerschaften seine komparativen Stärken ein und versucht sich in Bereichen zu spezialisieren, in denen es die meisten Erfahrungen und einen Mehrwert für das Partnerland MD erbringen kann. Österreich wird neben der erweiterten Entwicklungseffektivität (development effectiveness) nach Busan weiterhin an den Indikatoren der Pariser Deklaration (aid effectiveness) festhalten, wie erhöhte Lieferaufbindung (untying of aid), die Einbeziehung der Ländersysteme (use of country systems) und Finanzierungstransparenz.

Den Busan-Empfehlungen für wirksame Entwicklungszusammenarbeit wird u. a. durch die konsequente Stärkung der Kapazitäten in MD, durch Beiträge zu Multi-Donor-Initiativen wie der Weltbank und durch Unterstützung des Know-how-Transferprogramms (KEP) der Zentraleuropäischen Initiative/ZEI entsprochen.

Die neue Landesstrategie orientiert sich an der EU-Strategie 2020, der daran ausgerichteten RCC SEE 2020 Strategie, der EUSDR sowie an der Nationalen Entwicklungsstrategie und den relevanten Sektorstrategien der moldauischen Regierung und in Österreich am 3JP, an der Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan, an der IFI-Strategie des BMF und an der bis Ende 2017 geltenden OeEB-Geschäftsstrategie.

Die Geberkoordinierung erfolgt in MD durch die moldauische Regierung/Staatskanzlei, deren Rolle im Interesse eines permanenten, auch durch Sektorarbeitsgruppen geführten, Dialogs mit der Gebergemeinschaft gestärkt werden muss, und durch die EU-Delegation bzw. die Vereinten Nationen andererseits. Auf Seiten Österreichs wird die Koordination aller staatlichen und nichtstaatlichen EZA-Akteure in MD durch deren Vertretungen in Chisinau unter der Leitung des ADA-Auslandsbüros regelmäßig durchgeführt. In Österreich wird die OEZA in MD im Rahmen der halbjährlich vom BMEIA einberufenen interministeriellen Sitzungen koordiniert, denen auch die Umsetzung der Landesstrategie und laufende Evaluierung der EZA-Projekte zusätzlich zu den gemeinsamen BMEIA-ADA-Evaluierungen obliegt.

6. Politikkohärenz und komplementäre Instrumente der OEZA

Im Interesse der Politikkohärenz und eines gesamtstaatlichen Ansatzes der OEZA-Aktivitäten in MD wurden alle potentiellen staatlichen und nichtstaatlichen EZA-Akteure im Partnerland MD in die Entwicklung der Strategie von Anfang an sowohl in Chisinau als auch in Wien eingebunden. Dadurch können durch eine laufende innerösterreichische Abstimmung und Koordination potentielle Synergien für das OEZA-Engagement in MD identifiziert, koordiniert und partnerschaftlich umgesetzt werden.

Eine wichtige Funktion in der innerösterreichischen Koordination und bei der Projektumsetzung, in der Entwicklung und Stärkung der Kontakte mit den Regierungsstellen und mit lokalen und regionalen Behörden des Partnerlandes sowie in der Koordination mit anderen bilateralen und multilateralen Gebern vor Ort kommt dem ADA-Auslandsbüro Chisinau zu.

Diese Rolle kann die ADA jedoch nur dann als Agentur des Bundes für Entwicklungszusammenarbeit erfüllen, wenn alle österreichischen EZA-Akteure in MD in partnerschaftlicher und gleichberechteter

tigter Zusammenarbeit an der innerösterreichischen Koordination des gesamtstaatlichen EZA-Engagements aktiv mitwirken. Dies beinhaltet auch an den laufenden Konsultationen mit der Regierung des Partnerlandes, insbesondere mit dem für die EZA-Koordination zuständigen Amt des Premierministers/PMO und mit den für die OEZA-Schwerpunktbereiche und Querschnittsmaterien im Sektor zuständigen Ministerien, teilzunehmen.

Zusätzlich zum bilateralen EZA-Engagement Österreichs in MD im Rahmen der Landesstrategie 2016–2020 finanziert die ADA in MD auch Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaftspartnerschaften und grenzüberschreitende regionale Projekte aus Mitteln der Regionalbudgetlinie im Rahmen der Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan sowie regionale Projekte, die auch den Westbalkanländern und MD zugutekommen und damit die regionale Zusammenarbeit fördern. Ebenso stehen die ADA-Kooperationen anderen österreichischen EZA-Akteuren wie dem BMF, BMWFW, BMBF, BMI, BMJ, BMLVS, UBA, den Bundesländern, NRO und dem Privatsektor offen.

Für die Oesterreichische Entwicklungsbank/OeEB bildet MD gemäß ihrer bis Ende 2017 geltenden Geschäftsstrategie ein Schwerpunktland. Durch Unterstützung bei der Umsetzung von wirtschaftlich tragfähigen und entwicklungspolitisch sinnvollen Privatsektorprojekten – vor allem in den Bereichen Erneuerbare Energie und Ressourceneffizienz sowie durch die Unterstützung von lokalen MKMUs – kann die OeEB zur Armutsminderung in MD beitragen. Insbesondere kann die OeEB im Wege der Bereitstellung von Finanzierungen auch einen Beitrag zum Ausbau von Erneuerbaren Energiequellen und zur Entwicklung des Privatsektors, insbesondere MKMUs, in MD leisten. An Instrumenten stehen Investitionsfinanzierungen und Eigenkapitalbeteiligungen sowie die Finanzierung projektbegleitender Maßnahmen aus Advisory Programmes-Mitteln zur Verfügung.

Dazu kommen die vom BMF in Kooperation mit den IFIs, vor allem der Weltbank, unterstützten Projekte in den Bereichen Wasser/Energie, Urbanisierung, Infrastruktur, Investitionsklima, Finanzsektor-Stabilität bzw. Management, Financial Reporting Reform und Steuerreform. Österreich leistet dadurch einen wesentlichen Beitrag zu inklusivem Wachstum, zur Reduktion von sozialen und regionalen Ungleichheiten und generell zur Stabilität in MD. Österreich hat bisher MD mit Soft Loans unterstützt. MD kann gemäß den entsprechenden OECD-Kriterien weiterhin gebundene Hilfskredite empfangen.

Diese Landesstrategie mit angeschlossener Resultatmatrix kann allfälligen geänderten Rahmenbedingungen und Entwicklungen in MD angepasst und nach Konsultationen mit der Regierung des Partnerlandes und mit der Gebergemeinschaft in interministerieller Koordination und nach Evaluierung und Abstimmung mit allen österreichischen EZA-Akteuren entsprechend abgeändert werden.

Resultatrahmen Republik Moldau

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	Akteure
1. Wasser, Umwelt und Klimawandel			
MD wird unterstützt, die nationale Wasserversorgungs- und Siedlungshygiene-Strategie von MD 2014–2028 und die Kapitel zu Umwelt und Klima (Kapitel 16 & 17) des Assoziierungsabkommens (AA) mit der EU zu erfüllen.	Das Umweltministerium und ihm zugeordnete Einrichtungen sind beim Aufbau von institutionellen Kapazitäten, der Entwicklung eines Wasserinformationssystems und der Erstellung von Bewirtschaftungsplänen für ausgewählte Wassereinzugsgebiete unterstützt.	Planungsprozesse, Wasserverwaltung, und Informationsaustausch im Wassersektor sind verbessert. Der Ansatz der integrierten Bewirtschaftung von Wasserressourcen wird in MD angewandt. Lokale Flusseinzugsgebietskommissionen sind funktionsfähig und befähigt Maßnahmen zur Erhöhung der Wasserversorgungssicherheit sowie der Erhöhung der Wasserqualität eigenständig zu planen und deren Durchführung zu überwachen.	BMEIA, BMLFUW, UBA, ADA
	Wasserversorgung und Siedlungshygiene-Dienstleistungen in ausgewählten ländlichen Gebieten und Gemeinden mit anteiligen österreichischen Kofinanzierungen in Zentral- und Südmoldau sind verbessert.	Infrastrukturinvestitionen erhöhen die Anzahl von EinwohnerInnen mit permanentem Zugang zu sicherem Trinkwasser, insbesondere die Anzahl der Ärmsten mit entsprechendem Zugang Anzahl der EinwohnerInnen mit Zugang zu sicherer Abwasserentsorgung inkl. Abwasseraufbereitung	BMEIA, BMF, ADA
	Verwaltungskapazitäten für lokale und regionale Wasserversorgungs- und Siedlungshygiene-Infrastruktur in Zielgebieten und die Leistung von Wasserwerken in Zielgemeinden sind verbessert. (Anm.:	Qualität und Quantität der Wasserressourcen werden von den Wasserwerken bzw. den zuständigen Behörden entsprechend der nationalen Standards kontinuierlich überwacht.	BMEIA, ADA

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	Akteure
	Zielgemeinden, Zielgebiete sind solche, wo es zu österreichischen Infrastrukturinvestitionen kommt.)	Kundenzufriedenheit mit Dienstleistungen von Wasserwerken und von neu gegründeten regionalen Unternehmen ist gesteigert.	
	Das Umweltministerium ist bei der Harmonisierung der Umweltgesetzgebung mit der EU und der Implementierung des Nationalen Adaptionplans zur Bekämpfung des Klimawandels unterstützt.	<p>Fortschritt in Bezug auf die Umsetzung der Kapitel 16 & 17 des Assoziierungsabkommens zwischen MD und der EU</p> <p>Empfehlungen zur Reduzierung des Naturkatastrophenrisikos in Schlüsselbereichen der moldauischen Wirtschaft sind erarbeitet und Pilotprojekte zur Bekämpfung des Klimawandels in ausgewählten Gemeinden umgesetzt.</p>	BMEIA, BMLFUW, UBA, ADA, ZAMG
2. Chancengerechte Bildung mit Schwerpunkt auf arbeitsmarktorientierte, sozial inklusive Berufsbildung			
<p>MD hat ein moderneres und attraktives (qualitatives, flexibles, nachfrageorientiertes, arbeitsmarktgerechtes, kompetenzbasiertes, inklusives und gerechtes) Berufsbildungssystem entwickelt.</p> <p>MD hat die Chancengerechtigkeit seines Bildungssystems (Zugang von benachteiligten Personengruppen und inklusiver Umgang mit Vielfalt) erhöht.</p>	<p>Kapazitäten und Zusammenarbeit von Berufsbildungs- und Beschäftigungsakteuren sind gestärkt, um ein modernisiertes Berufsbildungssystem umzusetzen.</p>	<p>Rechts- und institutioneller Rahmen und Kapazitäten von Berufsbildungsakteuren verbessert;</p> <p>Nationales Arbeitsservice, Handelskammer, Privatsektor, Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie und andere relevante Akteure arbeiten systematisch in der Berufsbildung zusammen;</p> <p>Kapazitäten für langfristige Arbeitsmarktanalyse für die Bedürfnisse der Berufsbildung sind aufgebaut und vorhanden.</p>	BMEIA, BMBF/KKA, BMASK, ADA
	<p>Berufsbildungsinhalte und Lehr-/Lernansätze laut moldauischen und europäischen Anforderungen (kompetenzbasiert und arbeitsmarktgerecht, in Übereinstimmung mit dem Ziel 2 und 4 der Nationalen Berufsbildungsstrategie) sind entwickelt.</p>	<p>Berufsbildende Einrichtungen bieten moderne, nachfrageorientierte Berufsbildung an;</p> <p>Berufsbildende Schulen leisten durch Einkommensgenerierung einen Beitrag zum Erhalt der schulischen Infrastruktur und damit der Qualität des fachpraktischen Unterrichts;</p>	BMEIA, BMBF/KKA, ADA, BFI

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	Akteure
		<p>Berufsbilder, Berufsstandards, Kurrikula (modulartig, auch für Erwachsenenbildung), Lern- und Lehrmaterialien, methodische Leitlinien und Tests entwickelt und genehmigt;</p> <p>Kurrikula pilotiert und umgesetzt;</p> <p>Inklusiver Ansatz in Kurrikula der Berufsbildung berücksichtigt, vor allem auf Menschen mit Behinderungen, Gleichberechtigung der Geschlechter und die Umwelt bezogen;</p> <p>Modelle des arbeitsbasierten Lernens umgesetzt und angeboten;</p> <p>Anzahl von erwachsenen Studierenden, die an Berufsbildungskursen (im Kontext des lebenslangen Lernens) teilgenommen haben;</p> <p>Moderne Ausrüstung und Infrastruktur für den Bildungsprozess bereitgestellt; Zugang zu diesen ist für Männer und Frauen, Mädchen und Jungen gewährleistet.</p>	
	<p>Qualität der Lehrkräfte in der Berufsbildung erhöht, über die Fort-/Weiterbildung von LehrerInnen und LehrmeisterInnen (in Übereinstimmung mit dem Ziel 5 der Nationalen Berufsbildungsstrategie)</p>	<p>Anzahl von LehrerInnen und LehrmeisterInnen aus berufsbildenden Einrichtungen und Firmen, die an Schulungen teilgenommen haben</p>	<p>BMEIA, BMBF/KKA, ADA, WIFI, BFI</p>
	<p>Erhöhte Attraktivität von und Zugang zu Berufsbildung (in Übereinstimmung mit dem Ziel 6 der Nationalen Berufsbildungsstrategie).</p>	<p>Neues Berufsorientierungs- und Berufsberatungssystem aufgebaut und umgesetzt; Genderstereotypen werden bei der Berufsorientierung/Beratung systematisch angesprochen;</p>	<p>BMEIA, BMBF/KKA, ADA</p>

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	Akteure
	Erhöhter Zugang zu Bildung von Personen mit besonderen Lernbedürfnissen	<p>Berufsorientierungs- und Berufsberatungszentren eingerichtet;</p> <p>Berufsbildungs- und Beschäftigungseinrichtungen und -akteurInnen an die Bedürfnisse von Studierenden mit Behinderungen angepasst;</p> <p>Beratungsleistungen zum Übergang von integrativer Berufsbildung in den Arbeitsmarkt eingeführt;</p> <p>Teilqualifikationen zur Erhöhung des Zugangs von Personen mit besonderen Bedürfnissen zum Arbeitsmarkt eingeführt;</p> <p>LehrerInnen/Schulleitungen in der Umsetzung integrativer Berufsbildung geschult;</p> <p>Guidelines und Handbücher zur Umsetzung von integrativer Berufsbildung entwickelt;</p> <p>Anteil von weiblichen und männlichen Studierenden in berufsbildenden Einrichtungen an der Gesamtzahl der Studierenden;</p> <p>Die Sonderpädagogischen Beratungszentren in MD bieten Schulen effektive Beratungsleistung in der Inklusion von SchülerInnen mit besonderen Lernbedürfnissen.</p>	

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	Akteure
3. Governance, Rechtsstaatlichkeit und Friedensförderung			
Ein Beitrag zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und zur Sicherung von Frieden in MD wurde geleistet.	Zur Integrität von MD ist durch vertrauensbildende und friedenssichernde Maßnahmen beigetragen worden.	Qualität und Intensität der Beziehungen zwischen Chisinau und den Regionen von MD (inkl. 5+2 Treffen); Anzahl und Intensität der internen Konflikte.	BMEIA, BMLVS, ADA
	Die moldauische Polizei verfährt professioneller durch eine verbesserte Grundausbildung sowie Fortbildung und durch gestärkte Institutionen. Risikoreduktion durch spezielle Grundlagen- und weiterführende Ausbildung, Erhöhung der Kapazitäten nationaler Experten durch gezielte, strukturierte Beratung	Kurrikula für die polizeiliche Grundausbildung und Fortbildung; Training von PolizistInnen; Erfolgte Strukturreformen im Ministerium und dem Polizeiapparat; Etablierung einer nationalen Ausbildungszelle, Erstellung längerfristiger Ausbildungsplanungen, Überprüfung der Implementierung.	BMI, BMEIA, ADA BMLVS
Verbesserung der Kapazitäten im Bereich Lagersicherheit von Waffen und Munition, Unterstützung und Beratung im Rahmen der Implementierung			